

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Die CDU drückt Ihre Zustimmung aus, beantragt jedoch, die Beschlussvorlage zu d) dahingehend zu erweitern, dass die Arbeitsgruppe bei Bedarf externe professionelle Beratung in Anspruch nehmen soll bzw. einbinden soll.

Die UWG drückt ebenfalls Ihre Zustimmung aus, bedauert jedoch, dass das bisher funktionierende Schulsystem aufgegeben werden muss. Auch wird Bedauern darüber ausgedrückt, dass die Armin-Maiwald-Schule aufgelöst werden muss.

An dieser Stelle erläutert der Vorsitzende, dass die Auflösung der Armin-Maiwald-Schule hier überhaupt nicht zur Debatte stehe, in keiner Weise Teil des Beschlusses ist und verweist hinsichtlich des Themas Inklusion auf die nächste Ausschusssitzung.

Die AL führt an, dass die neue Sekundarschule inklusiv werden müsse und beantragt, den Beschluss über die Sekundarschule auf März 2013 zu verschieben, da nicht alle Ergebnisse des Schulentwicklungsplanes eingeflossen sind und der Zeitdruck nicht so groß wäre.

Das beratende Mitglied der kath. Kirche führt in Bezug auf den Schulentwicklungsplan (SEP) an, dass er die Zusammensetzung der Schüler als bedenklich empfindet und die Förderung der Kinder mehr in den Focus gerückt werden müsse, da die Realschule die Hauptschule faktisch übernehmen würde.

Die SPD drückt auch Ihre Zustimmung zur Sekundarschule aus und führt an, dass die neue Sekundarschule die einzig richtige Schulform für die Zukunft sei.

In Bezug auf das Thema Inklusion führt die CDU an, dass es nicht einhellige Expertenmeinung sei, Schüler nur noch inklusiv zu beschulen.

Der Bürgermeister gibt an, dass die Leitung der Hauptschule maßgeblicher Antrieb zur Einrichtung einer Sekundarschule war und alle Schulleitungen der weiterführenden Schulen den Vorschlag einer Sekundarschule unterbreitet hatten. Radevormwald werde durch die neue Schule weiterhin eine attraktive Schullandschaft besitzen, in der jeder Schulabschluss möglich ist. Hinsichtlich des Antrages der AL, den Beschluss über die Sekundarschule auf März 2013 zu verschieben, führt er an, dass auch die Schulleitungen der weiterführenden Schulen nach der letzten Ausschusssitzung Ihre Bedenken hinsichtlich weiterer Zeitverluste geäußert hatten.

Die UWG stärkt die Absicht, jetzt einen Beschluss zu fassen, damit genug Zeit für die Vorarbeiten bleibt und gibt sogar zu bedenken, dass ggf. noch eher mit den Vorbereitungen hätte begonnen werden müssen. Auch wird angeführt, dass sich das Gymnasium hinsichtlich der neuen Schule wird umstellen müssen.

Hierzu führt der Bürgermeister an, dass das Gymnasium durch die Einrichtung der Sekundarschule sogar noch gestärkt würde - auch aufgrund der vorgeschriebenen und beabsichtigten Kooperationsvereinbarung.

Seitens der AL wird eingewendet, dass die Eltern der betroffenen Schüler bereits hätten mit einbezogen werden müssen.

Hierzu gibt die SPD an, dass Herr Krämer-Mandau im SEP eine klare Reihenfolge der durchzuführenden Schritte – somit auch der Elternbefragung – aufgezeigt hatte.

Abstimmung über den Antrag der AL hinsichtlich der Verschiebung des Beschlusses auf März 2013:

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	1 (AL)
	Nein-Stimmen	11 (CDU 5 – SPD 3 – FDP 2 – UWG 1)
	Enthaltungen	1 (UWG)

Sodann wird über die Beschlussvorlage – mit der Erweiterung, dass die Arbeitsgruppe bei Bedarf externe professionelle Beratung in Anspruch nehmen soll bzw. einbinden soll – abgestimmt. Die Verwaltung schließt sich der Erweiterung an.